

## Besprechungen

*Wilhelm Dreier: Raumordnung als Bodeneigentums- und Bodennutzungsreform.* Köln 1968. J. P. Bachem. 304 S.

Staatliche Bodenpolitik ist nach Ansicht des Rezessenten die Summe der staatlichen Maßnahmen, die geeignet sind, die private und gewerbliche Nutzung des Bodens im Hinblick auf gesellschaftspolitische Ziele zu beeinflussen. Eine so verstandene Bodenpolitik hat vor allem zwei Probleme zu lösen, die in Anlehnung an den Bericht einer Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Städtebau und Wohnungswesen das „Verwendungsproblem“ und das „Verteilungsproblem“ genannt werden sollen.

Das Verwendungsproblem entsteht durch die Frage: Für welche Zwecke und von welchen Personen soll der unvermehrbarer Boden verwendet werden? Das Verteilungsproblem entsteht aus dem marktwirtschaftlichen Lenkungsmechanismus der Bodenverwendung, der zu einer Einkommensverteilung führt, die ebenso wie die Bodenverwendung gesellschaftspolitisch unbefriedigend ist, weil die gegenwärtige Bodenpolitik und mit ihr das gegenwärtige Bodenrecht nicht in der Lage sind, die verfügbaren öffentlichen Investitionsmittel im Sinne der Ziele der Stadt- und Regionalplanung bzw. der Raumordnung optimal zu nutzen. Weil die Verwendung des Bodens und die daraus resultierende Vermögensverteilung die entscheidenden Probleme der Bodenpolitik sind, müssen Veröffentlichungen zur Bodenpolitik daran gemessen werden, inwieweit sie konkrete Vorschläge zur Lösung dieser beiden Aufgaben machen.

Diese Habilitationsschrift von *Wilhelm Dreier* hat sich das Ziel gesteckt, zu den genannten Hauptproblemen der Bodenpolitik eine erste abgerundete Konzeption der Bodenordnung im Lichte der katholischen Soziallehre vorzulegen. Der Verfasser macht einleitend zu Recht deutlich, daß er das Verwendungsproblem nur dann lösen zu können glaubt, wenn die Bodennutzung einer gewissen Planung und Lenkung unterworfen ist. Das Eigentum an Boden — so wird ebenfalls einleitend ausgeführt — soll aus der Sicht der katholischen Eigentumslehre geprüft werden, die dem „*usus communis*“ besonderes Gewicht beimäßt.

Die Arbeit gliedert sich in sechs Teile, deren Inhalt nur kurz skizziert werden kann. Im ersten Teil „Die Liberalisierung der Bodenordnung und ihre Folgen“ werden zunächst das Ziel der Liberalisierung und dann die negativen Konsequenzen der Verwirklichung dieses Ziels überzeugend aufgezeigt. Der zweite Teil beschreibt sehr detailliert „Die Reaktion der Bodenreformbewegung“. Für den weiteren Verlauf der Argumentation sind hier besonders die positiven Auswirkungen der Bodenreformbewegung von Bedeutung, die der Verfasser in ersten Ansätzen zur Bodenbesitzreform in der Volksheimstättenidee und in einer elastischen Bodenvorratspolitik der Gemeinden sieht.

Der dritte Teil bildet ein erstes Zwischenergebnis („Ergebnisse erster sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Behandlung der Bodenordnungsprobleme“),

das eine gewisse Bedeutung für den vierten Teil besitzt, in dem eine sehr interessante Diskussion der bodenpolitischen Ziele durchgeführt wird („Leitbild bodenpolitischer Neuordnung“). In diesem vierten Teil stellt der Verfasser vor allem auf die „Stärkung personal-freiheitlicher Existenz“ und die „Stabilisierung der Familie“ durch den für das Einfamilien-Eigenheim privat genutzten Boden ab. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Untersuchung 1968 erschien, wird dieser Gedanke des Familien-Eigenheims im Vergleich zu alternativen familienfreundlichen Wohnreformen und dem Bedarf an öffentlich genutztem Boden für Infrastruktureinrichtungen nach Ansicht des Rezessenten zu stark betont, denn das Verwendungsproblem des Bodens entsteht ja nicht nur durch die Alternative Familieneigenheim oder Mietskaserne, sondern durchaus auch durch die häufig zu Ungunsten der Stadtplaner entschiedene Frage, ob eine bestimmte Fläche für Infrastruktureinrichtungen (Schulen etc.) oder für gewerbliche Zwecke (Kaufhäuser etc.) genutzt wird.

Der fünfte Teil ist überschrieben mit „Grundlagen einer Theorie der Bodenpolitik“. Damit sind vor allem direkte und indirekte bodenpolitische Instrumente gemeint, ohne daß — wie das für eine empirisch gehaltvolle Theorie erforderlich wäre — sogenannte Wenn-dann-Aussagen angestrebt würden. Dem Verfasser geht es hier mehr um eine erste Besichtigung des bodenpolitischen Instrumentenkastens, ohne daß zu den einzelnen Instrumenten detailliertere Aussagen im Hinblick auf ihre Brauchbarkeit und die erwünschten und unerwünschten Nebenwirkungen gemacht werden. Aus der Sicht eines Wirtschafts- und Sozialpolitikers, der gewöhnt ist, an die Brauchbarkeit wirtschafts- bzw. sozialpolitischer Instrumente strenge Maßstäbe anzulegen, ist die Beschreibung der möglichen Instrumente der Bodenpolitik etwas unbefriedigend, auch wenn der Verfasser bemüht ist, auf die interdependenten Wirkungen indirekter Instrumente hinzuweisen.

Der sechste Teil, „Kritische Würdigung der bodenpolitischen Maßnahmen in der Bundesrepublik“, leidet nach Ansicht des Rezessenten einmal daran, daß die Beschreibung der möglichen bodenpolitischen Instrumente im vorhergehenden Teil nicht mit der wünschenswerten Präzision vorgenommen wurde. Das „Ist“ spiegelt sich somit nicht klar genug im „Soll“. Zum anderen war das Bundesbaugesetz noch nicht lange verabschiedet, so daß der Verfasser vermutlich aus Fairneß vermeiden wollte, ein vorschnelles Urteil darüber abzugeben, inwieweit dieses Gesetz in der Lage ist, die ihm vom früheren Wohnungsbauminister *Paul Lücke* zugeschriebene Aufgabe zu erfüllen, „dem Bodenwucher wirksam entgegenzutreten und einen Baulandmarkt entstehen zu lassen, der Bauland zu gerechten (!) Preisen anbietet“.

*Wilhelm Dreier* führt zwar aus, „noch kann ein Erfolg der Maßnahmen nicht festgestellt werden; das Urteil fällt bisher eher negativ aus“ (S. 211), doch vermisste ich angesichts dieser richtigen Diagnose eine präzise und engagierte Diskussion möglicher Therapievorschläge. Anders formuliert: Angesichts des breiten und soliden Fundaments, das der Verfasser in seine Untersuchung gelegt hat — das für alle an der Bodenpolitik Interessierten sehr wichtig und aufschlußreich ist —, scheint die Frage noch nicht konkret genug beantwortet worden zu sein, wie denn der „usus communis“ des Bodens, also das Problem der Verwendung des Bodens und die aus der Veräußerung von Bodeneigentum entstehenden Verteilungsprobleme aus der Sicht der katholischen Soziallehre hier und jetzt (1968) in der BRD gelöst sein sollte.

Auch Bodenpolitik besteht darin, eine als unbefriedigend empfundene Ausgangssituation in eine bessere Programmsituation zu überführen. Nach

Ansicht des Rezessenten ist es von großem Interesse zu erfahren, welche Instrumente dazu aus der Sicht der katholischen Soziallehre gegenwärtig geeignet sind und welche Gesetze wie geändert werden sollten, damit diese Instrumente bei richtiger Dosierung in der gewünschten Richtung wirken.

Detlef Marx, München

*Andre G. Frank: Capitalism and Underdevelopment in Latin America. New York und London 1969. Monthly Review Press. 344 S.*

Im Vorwort des auch in deutscher Sprache erschienenen Buches (*Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969) legt Frank sein politisch-weltanschaulisches Bekenntnis ab. Derzeit Professor für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Santiago de Chile gilt er als einer der profiliertesten neomarxistischen Entwicklungstheoretiker. Seine Auffassung, daß der Kapitalismus sowohl in der Vergangenheit wie in der Gegenwart die Unterentwicklung verursacht habe, ist die Basis, von der aus er die sozio-ökonomische Entwicklung Lateinamerikas in seinem Buch analysiert und beurteilt. Ursprünglich war er ein linksliberaler Intellektueller, der die Situation in den Entwicklungsländern Lateinamerikas hauptsächlich als ein Produkt der Kapitalknappheit, feudaler Gesellschaftsstrukturen und anderer lokaler Probleme sah, die z. B. Sparen und Investieren verhindern und zur Konzentration von politischer Macht in den Händen ländlicher Oligarchien geführt haben. Seine wissenschaftlichen Studien in Lateinamerika und die intensivere Beschäftigung mit den marxistischen Entwicklungstheorien insbesondere von *Paul Baran* und *Paul Sweezy* führten zur Revision seiner Einstellung. Frank postuliert die Hinwendung zu einer neuen politischen Wachstums- und Entwicklungstheorie im Sinne von *Paul Baran*, die die sozio-ökonomischen Probleme der Entwicklungsländer „even at the cost of some intellectual security and personal ease“ betrachtet.

Frank hat damit selbst auf die Schwachstellen und Angriffspunkte seiner Argumentation hingewiesen. Zwar kann nicht bestritten werden, daß die Entwicklungsländer in der Vergangenheit und teilweise auch noch in der Gegenwart in großem Maßstab von den ehemaligen Kolonial- und Quasi-Kolonialmächten Europas und Nordamerikas abhängig waren und diese Abhängigkeit in großem Stil wirtschaftliche Ausbeutung zur Folge hatte. Dennoch führt der Versuch, alle Erscheinungen im engen Bezugsrahmen marxistischer Theorie zu interpretieren, zwangsläufig zu einseitigen Urteilen. Frank geht von der bekannten These aus, daß die kapitalistischen Metropolen der Welt (die entwickelten Industrieländer) die peripheren Satelliten (die unterentwickelten Länder) ausbeuten und damit — wie Frank sich ausdrückt — die Unterentwicklung selbst entwickelt haben. Dieser Gegensatz zwischen Metropolen und Satelliten kehrt seiner Ansicht nach in den sozio-ökonomischen Verhältnissen innerhalb der Entwicklungsländer wieder, so z. B. im Verhältnis von Agrarregionen zu schnell wachsenden Städten und Industriekernen.

Auf dieser theoretischen Basis sind alle Untersuchungen des Buches, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten als Aufsätze, Berichte und Vorträge bereits publiziert wurden, durchgeführt worden. Frank bemüht sich, an Hand der Interpretation der historischen Entwicklung Lateinamerikas seine Thesen zu verifizieren. Dabei stellt er teilweise sehr interessante Zusammenhänge dar über die Unterentwicklung in Chile und Bra-

silien, das Indianerproblem Mexikos, die Agrarstruktur Brasiliens und die Auslandsinvestitionen in Lateinamerika. Sein methodisches Vorgehen wird allerdings selbst von Neomarxisten attackiert, obwohl sie seine Ergebnisse nicht bezweifeln. Die lassen sich darin zusammenfassen, daß — wie nicht anders zu erwarten — der Kapitalismus der Ursprung aller Unterentwicklung ist und eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse nur über die Weltrevolution zu erreichen sei.

Trotz der Einseitigkeiten und Pauschalurteile sind die Untersuchungen Franks eine wichtige Ergänzung der Literatur zur Entwicklungstheorie insbesondere Lateinamerikas. Seine Analysen werden auch denen nützliche Denkanstöße geben, die seine Schlußfolgerungen nicht akzeptieren können.

Niklas v. Götz, Essen

*M. Ernst Kamp, Camilla Langheirich, Friedrich H. Stamm:* Das optimale Finanzsystem im Strukturgefüge von freiheitlicher Gesellschaft, föderativem sozialem Rechtsstaat und Marktwirtschaft mit Globalsteuerung. 2. neu bearb. u. erweiterte Aufl. Bonn 1969. Hanstein. XVI, 290 S.

Die Verfasser versprechen mit dem weitgespannten Bogen des Untertitels nicht zuviel. Einleitend werden staatsrechtliche, politische und wirtschaftspolitische Grundfragen abgehandelt, wobei auch die katholische Soziallehre eingeflochten wird. Beispielhafte Thesen (S. 41) bilden die Überleitung zum Generalthema. Die Autoren stellen ihre Betrachtungen ganz auf die neueste Gesetzgebung ab, doch halten sie es für richtig, an der gegenwärtigen Struktur des Finanzföderalismus der Bundesrepublik nichts zu ändern, eine Auffassung, die wahrscheinlich jedem „optimalen Finanzsystem“ entgegenstünde. Finanzausgleich und Budgetrecht schließen sich skizzenhafte Erörterungen über die Ausgaben (unter Einschaltung eines mathematischen Modells) an; vertieft wird jedoch der Gedankengang über die Zunahme der Staatstätigkeit. Leider vermißt man die doch gewichtigen Probleme der Ausgabeninzidenz.

Einnahmегewinnung und Besteuerung werden auf das Ziel der Untersuchung hin kritisch geprüft: Fort mit allen größeren und kleineren Steuern, sofern sich ihr Abbau rechtfertigen läßt! Alle Besteuerungsziele und -erfordernisse ließen sich nach Ansicht der Verfasser allein durch die Einkommen- und Umsatzsteuer verwirklichen, selbst die Vermögensteuer als Ergänzungssteuer wird im Grunde ungerne gesehen (S. 223 - 224). Allerdings findet sich sofort die Konzession, die Erträge beider Abgaben reichten bei weitem zur Zeit nicht aus, um die Aufgaben zu finanzieren. Eine Erhöhung um rund 63 % sei nötig, doch würzen natürlich die Steuerwiderstände. Daher wäre ein schrittweiser Abbau ratsam, zunächst Anhebung der Umsatzsteuer auf 16 %; die Überwälzung der Gewerbesteuer spreche ihrerseits dafür, daß man die Einkommensteuer gleichfalls erhöhen und diese veraltete Realsteuer abschaffen könne. Hier ist zu fragen: Würden dann die Preise der entlasteten Produzenten sinken? Unumgänglich bleibt dann noch eine Gemeindeeinkommensteuer als Zuschlag. Auch hier liest man nichts über Bedenken, daß künftig andere als die bisher mit Gemeindesteuern Belasteten herhalten müßten. Man sieht hier und auch sonst, daß Überwälzungsfragen unbedingt vertieft werden müßten, ehe man die Diskussion über ein solches System eröffnet. Diese Art Reform läßt sich zwar schlüssig ableiten, doch dürfte sie auf den Widerstand aller

Beteiligten stoßen. Ein vorgeschlagener verbesserter Steuerverbund zwischen den drei Körperschaften Bund, Länder, Gemeinden ist hingegen akzeptabel.

Gegenüber anderen Vorlesungsgrundrissen und Kurzkompendien bietet das Buch viele Vorteile, aber Vertiefung einzelner Kapitel wäre bei einer Neuauflage anzuraten.

Karl Sammel, Wiesbaden

*Ingolf Metze: Steuerharmonisierung in einer Wirtschaftsgemeinschaft. Hamburg 1969. Verlag Weltarchiv GmbH. 269 S.*

Im Zusammenhang mit der europäischen Integration ist die Frage der Steuerharmonisierung schon öfter diskutiert worden. Das Anliegen der Arbeit von Metze geht dahin zu untersuchen, wie weit Wettbewerbsunterschiede sich als Folge der Unterschiede in den Steuersystemen der EWG ergeben. Metze geht davon aus, daß darin Übereinstimmung bestehe, daß im Falle einer Gleichheit der Steuertarife in allen beteiligten Ländern eine unterschiedliche Beeinflussung der Wettbewerbsfähigkeit nicht erfolge. Da dieses Ziel jedoch politisch schwer zu verwirklichen sei, untersucht er als Alternative zu einer Vereinheitlichung der Steuersysteme die Frage, ob und wie weit unter Anwendung des Ursprungslandprinzips sowie des Bestimmungslandprinzips Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden können. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens mißt Metze an der Höhe des Nettogewinnes.

Die Arbeit von Metze gliedert sich in drei Teile: 1. Aufgaben und Möglichkeiten einer Untersuchung des Problems der Harmonisierung. 2. Die Wirkung von Unterschieden in den öffentlichen Einnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit. 3. Die Problematik der Anwendung der erzielten Ergebnisse.

Der erste Teil befaßt sich mit einer Klärung der Fragen, die eine Untersuchung der Harmonisierung der Besteuerung zu beantworten hat. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt im zweiten Teil, der sich mit den Wirkungen von Unterschieden in den öffentlichen Einnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit befaßt. Hier führt Metze einmal eine mikroökonomische und dann eine makroökonomische Untersuchung durch, wobei er die Situation sowohl bei Anwendung des Ursprungslandprinzips als auch bei Anwendung des Bestimmungslandprinzips untersucht. Als Ergebnis seiner mikroökonomischen Untersuchungen kommt er zu dem Schluß, daß bei Anwendung beider Prinzipien „unter der Voraussetzung gleicher Höhe und Struktur der Staatsausgaben ... und gleicher Steuerquoten in allen Ländern ... die Wettbewerbsfähigkeit einer Unternehmung durch unterschiedliche Höhe der Tarife allgemeiner und gleichmäßiger Umsatz- und Einkommenssteuern ... durch die staatliche Tätigkeit nicht unterschiedlich beeinflußt“ wird (S. 124 f.). Auch bei seiner makroökonomischen Untersuchung des Problems kommt Metze zu gleichen Ergebnissen (S. 143).

Eine besondere Untersuchung widmet Metze den Wirkungen, die bei einem Übergang vom Bestimmungsland- zum Ursprungslandprinzip entstehen können. Metze kommt zum Ergebnis, daß in diesem Falle Auswirkungen auf den Wettbewerb nur durch entsprechende Veränderungen der Wechselkurse vermieden werden können (S. 206).

Im letzten Teil seiner Untersuchung gelangt Metze nach einigen etwas umständlichen Betrachtungen über die Produktivität und den Nutzen öffent-

licher Ausgaben sowie der Beziehung zwischen Steueraufkommen und Finanzbedarf zu der für das Thema wichtigen Frage, ob man eine Harmonisierung durch eine Vereinheitlichung der Steuertarife oder lediglich durch eine Angleichung der Differenzierungen der Steuertarife anstreben soll. Metze schlägt eine Angleichung der Differenzierung der Steuersätze vor.

Einige Bemerkungen zur Arbeit scheinen angebracht. Die Voraussetzungen, von denen Metze in seinem Modell ausgeht, können nicht ohne weiteres als realisierbar, insbesondere in bezug auf die EWG, akzeptiert werden. Das gilt besonders für die Annahme einer gleich hohen Steuerquote in den beteiligten Ländern, einer voll integrierten Unternehmung, die nur Lohnkosten aufweist, sowie einer Gleichheit der Reallöhne. Weiterhin vermisst man eine Behandlung des sehr wichtigen Problems des Steuerwiderstandes. Gerade in diesem Punkte bestehen in den verschiedenen Ländern recht beträchtliche Unterschiede, die nicht zuletzt bestimmt sind für die Bevorzugung der direkten oder der indirekten Steuern. Schließlich wäre ein stärkeres Eingehen auf die bei der Harmonisierungsdiskussion im Vordergrund stehende Vereinheitlichung der Tarife sowie der damit zusammenhängenden Probleme bei einer Arbeit, die sich mit der Frage der Steuerharmonisierung befaßt, von Nutzen gewesen. In der Darstellung ist die Arbeit mitunter etwas umständlich. Das gilt auch für die mathematischen Ausführungen. Demgegenüber ist zu beachten, daß Metze sich bemüht hat, die grundsätzliche Problematik des Themas herauszuarbeiten. Auch läßt er in seiner Konzeption eine gewisse Eigenständigkeit erkennen. Zu bemängeln ist es, daß Metze auf die Erstellung eines Literaturverzeichnisses vollkommen verzichtet hat.

Harry Runge, Stuttgart

**Peter Rühmann:** Die regionale Wirtschaftspolitik in Belgien. Tübingen 1968.  
J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 104 S.

Das Buch gibt einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Regionalpolitik in Belgien und informiert über die einzelnen Maßnahmen. In einem abschließenden Teil findet sich eine kurze Würdigung der Erfolge der belgischen Regionalpolitik.

Der historische Überblick konzentriert sich im wesentlichen auf die Regionalgesetzgebung, insbesondere auf das Regionalgesetz von 1959, ausgelöst durch die Steinkohlenbergbaukrise von 1957/58. Dieses Gesetz und seine Revision 1966 sahen im wesentlichen Zinszuschüsse und Infrastrukturinvestitionen als Instrumente der Regionalpolitik vor. Diese Mittel zielen auf die Beeinflussung der Unternehmensentscheidung. Der Verfasser unterscheidet Maßnahmen der unmittelbaren Beeinflussung (Steuerbefreiungen, Kapitalsubventionen, Kredithilfe, spezielle Infrastrukturangebote) und mittelbare Beeinflussungen (z. B. Unterstützung der regionalen Mobilität der Arbeitskräfte), wobei die mittelbaren Instrumente nur in geringem Maß eingesetzt wurden.

Über die Inzidenz der Maßnahmen — wohl das wesentlichste Problem einer regionalpolitischen Analyse — können nur relativ allgemeine Aussagen gemacht werden. Zwar ist z. B. die Höhe der Zinssubventionen bekannt, es bleibt aber weitgehend offen, wie sich die Zinssubventionen auf die vier verschiedenen Zielkriterien: Vermeidung einer hohen Arbeitslosigkeit und eines wirt-

schaftlichen Rückgangs, der Abwanderung und des Pendelns ausgewirkt haben. Dem Verfasser gelingt es jedoch zu zeigen, daß sich Erfolge bei der Verminde-  
rung regionaler Unterschiede im Inlandsprodukt je Kopf noch nicht fest-  
stellen lassen. Es läßt sich ferner konstatieren, daß Kredithilfen bevorzugt  
für die Förderung zurückgebliebener Gebiete eingesetzt wurden. Man hätte  
sich im übrigen gewünscht, daß über die Ziele der belgischen Regionalpolitik,  
die ja die Erfolgsmaßstäbe für die Inzidenzanalyse sind, kritischer reflektiert  
worden wäre.

Ist eine relativ späte Besprechung einer historisch ausgerichteten, deskriptiv orientierten Monographie fünf Jahre nach ihrer Veröffentlichung für den Autor auch unfair: Sie hat doch ihren Reiz, insbesondere dann, wenn sich wie in der Regionalpolitik in der Zwischenzeit eine wesentliche Änderung ergeben hat, zumindest aus theoretischer Sicht. Dies wird vielleicht am besten deutlich in der Definition der Regionalpolitik, die der Verfasser anwendet: Sie ist „darauf gerichtet, die räumliche Verteilung der wirtschaftlichen Aktivität zu ordnen“ und da „im Regelfall die Ausübung einer wirtschaftlichen Aktivität zu einer Wertschöpfung“ führt, wird die Regionalpolitik als Bemühen des Staates um die räumliche Verteilung der Wertschöpfung apostrophiert. Diese Definition kann heute nicht mehr akzeptiert werden. Neben die Wertschöpfung oder das regionale Volkseinkommen tritt eine weitere wesentliche Zielgröße: die Lebens- oder Umweltqualität. Diese neue Zielvariable macht die Ergänzung des Wertschöpfungsziels durch „social indicators“ erforderlich, und zwar deshalb, weil die wirtschaftliche Aktivität im Regelfall nicht nur zu einer Wertschöpfung führt, sondern als Kuppelprodukt (Vgl. z. B. A. V. Kneese, Environmental Pollution: Economics and Policy, American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 61 (1971), 155 - 177) auch Abfallprodukte und Schadstoffe entstehen läßt, welche die Lebensqualität beeinflussen. Es wäre interessant, die belgische Regionalpolitik in einer neuen Monographie darauf hin zu überprüfen, wie sie sich auf dieses neue Ziel der Umweltqualität ausgewirkt hat und wie die Konzeption der belgischen Regionalpolitik der Zukunft vor diesem Zielhintergrund verändert wird.

Horst Siebert, Mannheim

**Franz Steinbacher:** Die Gesellschaft. Einführung in den Grundbegriff der Soziologie. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971. W. Kohlhammer. 112 S.

**Peter K. Schneider:** Grundlegung der Soziologie. Lebendiges Wissen. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968. W. Kohlhammer. 110 S.

Das Interesse an der Soziologie scheint unvermindert anzuhalten. Wenigstens, wenn man als Indikator dafür die in der letzten Zeit zahlreich erschienenen Einführungen in dieses Wissensgebiet heranzieht. Wurde vor allem an den Hochschulen der Mangel an deutschsprachigen Einführungen und Lehrbüchern beklagt, so hat es jetzt den Anschein, daß diese Lücke zu schließen versucht wird. In dieser Hinsicht ist die „Einführung“ von F. Steinbacher und die „Grundlegung“ von P. K. Schneider zu begrüßen.

Steinbachers Versuch ist aber im eigentlichen Sinn kein soziologischer. Vielmehr versucht er einen Begriff, der ebenfalls auch in der Soziologie eine zentrale Bedeutung hat, inhaltlich zu klären mit der Absicht, den Soziologen auf Dimensionen aufmerksam zu machen, die er leicht, wenn nicht zu übersehen,

so doch zu vernachlässigen geneigt ist. Der sozialphilosophische Ansatz *Steinbachers* wird von den Einsichten der Verhaltenstheorie, der Tiefenpsychologie, der Ethnologie usw. unterstützt. Ein Blick auf die verarbeitete Literatur macht dies deutlich: *H. Freyer, A. Weber, W. E. Mühlmann, A. Gehlen, J. Eibel-Eibesfeld, C. G. Jung, S. Freud, K. Lorenz, H. Marcus u. a.* Was hier der Autor zum Gesellschaftsphänomen in seiner primären und sekundären Realität zu sagen hat, insbesondere z. B. über die Phänomene der Aggression und der Zwischenschaltung von „künstlichen Systemen“, ist gerade für die gegenwärtige Diskussion von Interesse. Im ganzen kann gesagt werden, daß *Steinbachers* Versuch, im Licht jüngerer Forschungsergebnisse (insbesondere jener einer vergleichenden Verhaltensforschung) neue Akzente hinsichtlich des Phänomens „Gesellschaft“ zu setzen, auch für den Soziologen anregend ist, wenngleich die gegenwärtige Soziologie und ihre Vertreter bei *Steinbacher* kaum oder überhaupt nicht auftauchen.

Die Analysen der „Grundlegung der Soziologie“ von *P. K. Schneider* sind sowohl im Anspruch als auch in der Durchführung keine leichte Lektüre. Angesichts der heutigen Infragestellung von Wissenschaft und angesichts der brennenden gesellschaftspolitischen Probleme wird speziell auf die Soziologie hin gefragt, ob Sozialwissenschaft nur eine unverbindliche parasitäre Spielerei bleiben wolle oder ob sie nicht darauf bestehen müsse, bei der Transformation indikativer Aussagen in normative Anweisungen zugezogen zu werden (S. 97). Besteht sie aber darauf, dann muß sie dafür aus ihrem Grundlagenverständnis legitimiert sein. In diesem Zusammenhang zeigt *Schneider* eindringlich, daß die gegenwärtige Situation einer analytischen und hermeneutischen Richtung lediglich als ein entdeckungsgeschichtliches Durchgangsstadium jenes Forschungsprozesses verstanden werden darf, an dessen Ende nur die eine, als notwendig ausweisbare und systematisch abgeschlossene „allgemeine Theorie der Gesellschaft“ zu stehen hat (S. 14).

Wenn übereinstimmend in den Natur- und Sozialwissenschaften alles „Objektive“ durch die Zwischenschaltung des Subjektes erfahren wird und sich dadurch verändert, wird die Frage akut, wie Subjektives intersubjektive Geltung haben kann und wie die alles entscheidende normativ regulierte Applikation wissenschaftlicher Erkenntnis auf die unmittelbare Lebenswirklichkeit aus prinzipiellen Gründen möglich wird (S. 100). Bei der im Zentrum seiner Ausführungen stehenden Wert- und Werturteilsfrage geht es *Schneider* um eine „Metatheorie“ des Sozialen. Er entwirft dazu dasjenige Aussagensystem, das den Einzelwissenschaften als allgemeine Grundlagentheorie vorgeordnet ist. Ergebnisse der Kybernetik und der Philosophie werden dabei verwertet. Sowohl jede gesellschaftliche Wirklichkeit wie die ihr korrespondierenden Theoreme sind in ihrem hermeneutischen Verständnis auf jene Grundstruktur angewiesen, die sich aus der Metatheorie des Sozialen ergibt.

Jakobus Wössner, Linz/Donau

**Georg Weber:** Beharrung und Einfügung. Eine empirisch-soziologische Analyse dreier Siedlungen. Köln, Wien 1968. Böhlau Verlag. 456 S.

Der Verfasser hat mit seiner Dissertation versucht, Eindrücke, die er als Pfarrer sammeln konnte, systematisch zu erweitern und zu analysieren. Es geht um die Eingliederung von heimatvertriebenen Siebenbürgern unter religionssoziologischen Gesichtspunkten. Damit erfährt die „Flüchtlingsliteratur“

eine späte Bereicherung. Der Untersuchung kommt insofern eine weitere Bedeutung zu, als sie den Wandel sehr genau erfaßbarer Institutionen und Gruppierungen durch das Vertreibungsschicksal beschreibt. Sie wird damit zu einem Quellenwerk zum Problembereich des sozialen Wandels, insbesondere des Wandels im Bereich der kirchlichen Institutionen und des religiösen Verhaltens. Die Siebenbürger als ethnische Gruppe sind ein Sonderfall; sie sind nicht eine entwurzelte Gruppe schlechthin, sondern Träger einer eigenen Kultur, ausgeprägter originärer Gesellschaftsformen und einer besonderen Sprachlichkeit. Die Volkskunde hat sich ihrer schon immer mit besonderer Liebe gewidmet, und auch das vorliegende Buch ist eine Fundgrube für den Ethnologen. Die Frage der Integration oder Beharrung, der Auflösung oder Reorganisation ursprünglicher Gruppierungen läßt sich besonders deutlich konturieren. Weber vermeidet bewußt anspruchsvolle Verallgemeinerungen. Der Wert seiner Studie liegt in der Einzelinterpretation der ermittelten Sachverhalte. Damit erhebt sich sein Buch über die reine Dokumentation eines Gruppenschicksals hinaus. Die Methode des Verfassers ist die des empirisch-historischen Vergleichs unter Verwendung umfangreicher Befragungsmaterialien. Interviews erfragen früheres und gegenwärtiges Verhalten. Eine Fülle zusätzlichen Materials ergänzt die Ergebnisse der Interviews. Das manchmal recht unbekümmerte Umgehen mit Zahlen (z. B. Prozente werden mit einer Kommastelle aus  $N = 16$  errechnet) fordern gelegentlich Kritik heraus, doch werden solche methodischen Unzulänglichkeiten sicherlich aufgewogen durch die detaillierten Vorkenntnisse des Autors und das überaus engagierte Interesse an seinem Forschungsgegenstand.

Ernst Wolfgang Buchholz, Hohenheim

**Lutz Hoffmann:** Importsubstitution und wirtschaftliches Wachstum in Entwicklungsländern unter besonderer Berücksichtigung von Argentinien, Brasilien, Chile und Kolumbien. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 378 S.

Auch heute noch ist es eine verbreitete Ansicht in zahlreichen Entwicklungsländern, daß durch Importsubstitution wirtschaftliches Wachstum und Industrialisierung beschleunigt, Zahlungsbilanzdefizite ausgeglichen und Beschäftigungsprobleme gelöst werden können. Eine exportorientierte Entwicklungsstrategie wird vernachlässigt, da das Erlangen internationaler Wettbewerbsfähigkeit als ein zu mühevoller Prozeß angesehen wird und da manche Politiker nicht auf spektakuläre „Entwicklungsdenkmäler“ verzichten wollen. Die vorliegende Arbeit, die als Habilitationsschrift Ende 1968 abgeschlossen wurde, will untersuchen, inwieweit die Kritik berechtigt ist, daß durch „Importsubstitution knappe Produktionsfaktoren unwirtschaftlich eingesetzt werden und daß infolgedessen das Wachstum eher behindert als gefördert wird“.

Im 1. Kapitel zeigt Verfasser die im allgemeinen ungünstigen Exportvoraussetzungen der Entwicklungsländer, die begrenzte Chancen eines „exportgetriebenen“ Wachstums und die Argumente für bzw. gegen Importsubstitution. Hierbei bedeutet Importsubstitution die „Produktion für den heimischen Markt bislang importierter Güter, deren Nachfrage rasch zunimmt, und somit Diversifizierung der inländischen Produktionsstruktur, (d. h.) Abkehr von der Spezialisierung auf wenige Primärgüter“ (S. 37).

Das 2. Kapitel gibt einen dogmengeschichtlichen Abriß der „allokations-theoretischen Begründung der Importsubstitution“. Die Behauptung, daß Importsubstitution als Voraussetzung zur Exportdiversifizierung und zur Überwindung der Entwicklungsgänge notwendig sei, wird nicht schlüssig beantwortet. Verf. berücksichtigt in seinen Ableitungen im allgemeinen traditionelle Exportgüter.

Das 3. Kapitel beschäftigt sich mit „normaler Importsubstitution“. Die „Abnahme des Importgehalts (sei) das einzige sinnvolle Kriterium“ (S. 112); häufig zeige sich allerdings, daß die „Nettoersparnis minimal oder sogar negativ“ ist (S. 122). Der einschränkende Hinweis auf die induzierten Einkommen und damit zunehmenden Importe ist wenig befriedigend und mildert obige Feststellung, die m. E. nicht überraschend ist, keineswegs. — Mit Hilfe von Querschnittsanalysen versucht Verf. im folgenden, den Anteil der Importsubstitution in einzelnen Industriezweigen und bei wachsendem Einkommen zu bestimmen, und zeigt, daß der Substitutionsprozeß „mehr oder weniger simultan in allen Sektoren beginnt, deren Gewichte sich allerdings mit steigendem Einkommen verschieben“ (S. 149). Diese Berechnungen werden jedoch vom Verf. als problematisch angesehen (S. 155). Man vermißt hier insbesondere auch Hinweise, in welchen speziellen Industrien Importsubstitution den größten volkswirtschaftlichen Nutzen haben.

Im 4. Kapitel berichtet Verf. über die Anwendung der Importsubstitution in vier südamerikanischen Ländern: Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien. Bei den angestellten Überlegungen zu Exportwachstum bzw. -stagnation und Wirtschaftsentwicklung wird unverständlichlicherweise nicht zwischen traditionellen Exporten und „neuen“ Exporten differenziert. Oder sollten diesen „neuen“ Exporten wegen des geringen Anteils an den Gesamtexporten (überwiegend Rohstoffe) keine gesamtwirtschaftlichen Wachstumsimpulse beigegeben werden? Durch die Länderanalysen sieht Verf. die These bestätigt, daß ein Sektor gewöhnlich um so schneller wächst, je größer der Anteil der Importsubstitution an seinem Wachstum ist“ (S. 282). Andererseits findet er keine Bestätigung für seine These „daß von der Importsubstitution eine integrations- und wachstumsfördernde Wirkung via linkages“ ausgehe (S. 323). Wo bleibt also die positive gesamtwirtschaftliche Wirkung dieser entwicklungspolitischen Konzeption?

Obgleich Verf. nicht ausschließt, daß bei der Durchführung der Importsubstitution Fehlallokationen als Folge von Schutzzöllen und anderen restriktiven Maßnahmen auftreten (erwähnt wird Argentinien, man denke aber auch an Ägypten, Türkei etc.), seien diese „kein hinreichender Grund, eine grundsätzlich als richtig erkannte Strategie zu verwerfen“ (S. 42). Die angeschnittene Frage, inwieweit „Importsubstitution in der Vergangenheit trotz des hohen Importschutzes im Inland einen Produktionsapparat hat entstehen lassen, der den Übergang zur Exportdiversifizierung möglich macht“ (S. 331), wird leider nicht beantwortet. Daß die wenigen Entwicklungsländer, denen ein erfolgreicher take-off gelungen ist, ganz bewußt eine exportorientierte Entwicklungspolitik betreiben, was nicht ausschließt, daß auf verschiedenen industriellen Gebieten eine ergänzende Politik der Importsubstitution praktiziert wird, findet in dieser Untersuchung keinen Niederschlag. Offensichtlich sieht Verf. nicht, daß eine Konzentration auf einige wenige, ausgewählte Industrieprodukte (u. U. Zwischenprodukte) oder verarbeitete Agrarprodukte — mit anderen Worten ein Aufspüren und Ausnutzen von sogenannten Marktischen — ebenfalls eine Form der Exportdiversifizierung darstellt, die den Vorteil hat,

daß die Produkte kostengünstig produziert und infolgedessen ertragreich vermarktet werden können.

Trotz der aufgezeigten Lücken ist dieses Buch von Interesse, da in der Wirtschaftspolitik der meisten Entwicklungsländer Importsubstitution weiterhin eine dominierende Rolle spielt und es hier deutlich wird, wie begrenzt und unsicher der Erfolg dieser Entwicklungsstrategie ist.

Hanjo Lell, Stuttgart

*Ekkehard v. Knorring: Die Berechnung makroökonomischer Konsumfunktionen für Deutschland 1851 - 1913. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XII, 154 S.*

Die vorliegende Arbeit stellt den Versuch dar, anhand einer für ökonomische Zeitreihen verhältnismäßig langen Reihe von 63 Beobachtungsjahren (1851 bis 1913) zu einer Entscheidung darüber zu kommen, welche der vielen in der Wirtschaftstheorie vorgeschlagenen Hypothesen bezüglich der makroökonomischen Konsumfunktion am besten zur Erklärung der empirischen Zusammenhänge in Deutschland herangezogen werden können. Der Verfasser befaßt sich zum ersten Mal in der deutschsprachigen Literatur auch mit einer eingehenden Analyse des bekannten *Friedman*-Ansatzes (permanente Einkommenshypothese). Als Datenmaterial verwendet *E. v. Knorring* die Zahlen aus dem grundlegenden Werk von *W. G. Hoffmann, F. Grumbach, H. Hesse: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin, Heidelberg, New York 1965*. Die ausgewählte Zeitperiode bietet nach den Worten des Verfassers „den Vorteil einer relativ störungsfreien Wirtschaftsentwicklung und weitgehender Konsumentensouveränität“ (S. 1).

Nach einer kurzen Einleitung (Kap. 1) bringt *E. v. Knorring* in Kap. 2 eine ausführliche Darstellung der verschiedenen Konsumhypotenosen, die fast die Hälfte der gesamten Arbeit ausmacht. Dieses Kapitel gibt einen guten Überblick über die verschiedenen theoretisch-empirischen Ansätze der Konsumfunktion (absolute, relative und permanente Einkommenshypotenosen). Das dritte Kapitel behandelt das Datenmaterial, auf das der Verfasser seine empirischen Untersuchungen stützt; die Zahlen entstammen ausschließlich der oben erwähnten Datensammlung von *Hoffmann, Grumbach und Hesse*. Im vierten Kapitel werden die Ergebnisse der Berechnungen, die in einem gesonderten Anhang vollständig aufgeführt sind, verbal zusammengefaßt und statistisch interpretiert.

Der Verfasser verwendet für seine Berechnungen ausschließlich die einstufige Methode der kleinsten Quadrate (bzw. für den *Friedman*-Ansatz eine Modifikation des Regressionsansatzes) und für die Untersuchung der statistischen Aussagefähigkeit der Ergebnisse die traditionellen Prüfverfahren. Besonderswert sind die vergleichsweise schlechten Ergebnisse bei der Analyse der relativen Einkommenshypothese (*Duesenberry-Modigliani*). Das Kapitel 5 befaßt sich mit der Kritik des *Friedman*-Ansatzes. *E. v. Knorring* zeigt, daß selbst Modifikationen der permanenten Einkommenshypothese unter Zugrundelegung des vorgegebenen Beobachtungsmaterials keine Vorteile gegenüber einfacheren Trendansätzen aufweisen.

Das Buch von *E. v. Knorring* ist eine verdienstvolle Monographie, die einiges zur Diskussion über die theoretische Begründung und die Probleme der empiri-

rischen Bestimmung makroökonomischer Konsumfunktionen in Deutschland beitragen kann. Das ausdrückliche Ziel des Verfassers, die „Mängel der bisherigen empirischen Studien auf dem Konsumgebiet zu beseitigen“ (S. 2), ist m. E. jedoch nicht erreicht worden. Die Ergebnisse der Arbeit sind nicht sehr aktuell, da die Berechnungen auf Zeitreihen längst vergangener Jahrzehnte beruhen. Man fragt sich auch, ob bei dem allgemein niedrigen Konsumstandard in der untersuchten Zeitperiode 1851 - 1913 der *Friedman*-Ansatz als Erklärungshypothese überhaupt schon eine Rolle spielen kann, ob die permanente Einkommenshypothese nicht erst im 20. Jahrhundert volle Bedeutung erlangt. Es zeigt sich, daß die Benutzung solch langer Zeitreihen keine so gravierende Verbesserung der statistischen Schätzergebnisse gegenüber einem geringeren Stichprobenumfang erbringt, wie man rein theoretisch hätte vermuten können; dies mag zum Teil an dem verwendeten Zahlenmaterial liegen, das naturgemäß nicht die Qualität moderner Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen haben kann. Überhaupt werden die statistischen Berechnungen und Tests (mit Ausnahme der Untersuchung des *Friedman*-Ansatzes) zu schematisch und ohne ausgeprägte ökonometrische Phantasie durchgeführt, und der Verfasser huscht gelegentlich etwas leichtfüßig über Probleme hinweg, die er nicht lösen kann.

Helmut Kuhn, Graz

**Kersten Krüger:** Die Einnahmen und Ausgaben der dänischen Rentmeister 1588 - 1628. Marburg 1970. N. G. Elwert-Verlag. 329 S.

Diese Hamburger Dissertation stellt einen wertvollen Beitrag zur Finanz- und Verwaltungsgeschichte des frühneuzeitlichen Staates dar. In minuziöser Quellenarbeit werden nicht nur die Schwierigkeiten, die mit der Erforschung des Themas verbunden sind, sondern auch konkrete Lösungsmöglichkeiten und damit Anregungen für die weitere Forschung auf diesem Gebiet aufgezeigt.

Die Rentkammer war die oberste Finanzbehörde des dänischen Reiches, dennoch enthalten die Jahresrechnungen ihrer leitenden Beamten nur einen Teil der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, wenn es sich auch vermutlich um den größeren Teil handeln dürfte. Dafür sind drei Gründe maßgebend: Eine Trennung zwischen Staatshaushalt und Privathaushalt des Monarchen bestand nur hinsichtlich der Verfügungsgewalt, nicht aber der sachlichen Kompetenz nach. Ferner wurden oft Zahlungen der Zentralbehörde in bisher unbekannter Höhe durch „Anweisungen“ auf regionale Verwaltungseinheiten erledigt, die dann nur eventuelle Überschüsse an die Zentralkasse abzuführen hatten. Schließlich bestand ein Teil der Einnahmen aus Naturalien, deren Be- und Verwertung im einzelnen schwer durchschaubar und rekonstruierbar ist.

Berücksichtigt man diese Einschränkungen, so deutet das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben in den Rentmeisterrechnungen bis 1624 auf eine überaus gesunde Finanzlage Dänemarks hin, die sich erst mit dem Eintritt in den Dreißigjährigen Krieg rapide verschlechterte. Auffallend ist die ausgeprägte wirtschaftspolitische Initiative des Königs (Christian IV.), die mit der Gründung von Manufakturen, Arbeitshäusern und Handelskompanien, mit einer aktiven Einwanderungspolitik für gewerbliche Fachkräfte und mit einem (vergeblichen) Streben nach Autarkie bei gewerblichen Produkten bereits in die Zukunft weisende Züge zeigt. Auch die Behördenorganisation scheint für damalige Verhältnisse insgesamt schon recht übersichtlich gegliedert gewesen

zu sein. Um so mehr überrascht die altmodische Rechnungs- und Buchführung, die sich noch nicht einmal von der so umständlichen und Rechenfehler geradezu provozierenden Verwendung römischer Zahlen frei gemacht hatte. Insgesamt stellt die vorliegende Arbeit einen gründlichen, trotz der zahlreichen Tabellen und Zahlenangaben gut lesbaren und instruktiven Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des frühmodernen Staates dar.

Reinhard Hildebrandt, Berlin

**Hans Georg Lehmann:** Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 329 S.

Die mit viel Sachkenntnis und Fleiß gearbeitete Studie erheilt auf der Grundlage eines ebenso minuziösen wie voluminösen Literatur- und archivalischen Quellenstudiums die Haltung der internationalen und namentlich der deutschen Sozialdemokratie zur Agrarfrage in Theorie und Praxis vor 1914. Im Mittelpunkt steht die Zeit von 1890 bis 1900, das Jahrzehnt heftigster sozialdemokratischer Auseinandersetzungen um das zum „heißen Eisen“ gewordene Agrarproblem, um die Stellung der Arbeiterparteien zum Landarbeiter, zum Kleinbauerntum und zum bäuerlichen Mittelstand. Letztlich hatte die krisenreiche Übergangsphase vom Agrar- zum Industriestaat die Diskussionen provoziert. Da die zeitlich vorangegangenen theoretischen Erörterungen innerhalb der marxistischen Arbeiterbewegung knapp referiert und ferner die Entwicklungslinien etwas stärker bis zum Ersten Weltkrieg gezogen werden, entstand ein geistesgeschichtlicher Gesamtüberblick über ein wichtiges Kapitel sozialdemokratischer Parteigeschichte für die Zeit von 1863 bis 1914. Der Verfasser war außerdem gut beraten, sich nicht nur auf die deutsche Sozialdemokratie zu beschränken, obwohl sie sich damals als die führende und wichtigste Vertreterin der marxistischen Bewegung präsentierte und noch dazu bis zum Tode von Friedrich Engels (1895) seinem ausschlaggebenden Urteil im wesentlichen folgte. Auch die Diskussionen in den anderen sozialdemokratischen Parteien wurden am Rande berücksichtigt, besonders die einflußreiche marxistische „Parti Ouvrier Français“ und die — wenn auch allzu punktuell und oberflächlich behandelten — russischen Marxisten.

Vier umfang- und materialreiche Kapitel beleuchten mit der Agrarfrage die problematischen Wechselwirkungen zwischen Theorie und Praxis. Sie schildern parteiinterne Auseinandersetzungen, in denen es darum ging, zu politischen und taktischen Gegenwartsproblemen Stellung zu beziehen, die eigene Position zu klären und politische Entscheidungen zu treffen. Die Agrarfrage wurde zum Stein des Anstoßes, an dem sich die Geister schieden, und verhalf wesentlich in der Partei zum Aufkommen des opportunistischen Reformismus (typisch dafür der bayerische Vollmarismus), mit dem Bewußtwerden des Dilemmas zwischen Theorie und Praxis zum Durchbruch des Revisionismus, der der parteiamtlichen Doktrin widersprach, und schließlich zu dem sich verhärtenden Dogmatismus von Kautsky u. a.

Die Bauernfrage bildete bis 1891, bis zum Erfurter Parteitag, mehr ein theoretisches Problem für die deutsche Sozialdemokratie. Erst gegen Ende des Jahrhunderts begann die Partei des Industrieproletariats die terra incognita der ländlichen Wählermassen zu entdecken und versuchte sie zu gewinnen. In ihrer eigenen Ideologie befangen, vermochte aber die Sozialdemokratie

ihren Siegeslauf in den Städten trotz einiger Achtungserfolge nicht auf dem platten Lande fortzusetzen. Die „Bauernagitation“ erlebte enttäuschende Rückschläge, die die Partei selbst in eine schwere theoretische und politische Führungsnotkrise stürzten. Das Bemühen sozialdemokratischer Führer, eine bauernfreundliche „Agrarpolitik“ in der Partei durchzusetzen, scheiterte, so meint Lehmann, ebenso am Sozialegoismus der Parteimitgliedschaft wie am Dogmatismus der maßgebenden Parteiführer. Hier sollte jedoch noch mit Nachdruck hinzugefügt werden, daß die sozialdemokratische Bauernagitation auch in den „goldenen Jahren“ der deutschen Landwirtschaft während der anderthalb Jahrzehnte vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs gescheitert war. Theorie und Realität schienen auseinanderzuklaffen. Die Agrarpolitik der deutschen Sozialdemokratie geriet in eine Sackgasse, weil die Parteiführer, um sich nicht mit der Theorie der Verelendung der Bauernmassen im Kapitalismus in Widersprüche zu verwickeln, dazu neigten, gewissermaßen mit verschränkten Armen zuzusehen, bis der Kapitalismus die Massen der Bauern proletarisiert und sich sodann die Agrarfrage weitgehend zu einer Arbeiterfrage reduziert hat. Die Agrarfrage wurde in der deutschen Partei bis zum Kriegsausbruch als „Blümchen Rührmichnichtan“ (*Otto Braun*) behandelt.

Ganz anders verhielten sich von Anbeginn zur Agrarfrage die russischen Sozialdemokraten, namentlich der junge *Lenin*, die für die Arbeiterrevolution im zaristischen Rußland nur Chancen im Bündnis mit der sozialrevolutionären Sprengkraft des russischen Dorfes sahen. *Plechanow* und *Lenin* paßten Theorie und Praxis der marxistischen Bewegung den Gegebenheiten im agrarisch-rückständigen Rußland an. Vollends zur Fiktion wurde die Führerstellung der Arbeiterklasse in der chinesischen Revolution bei *Mao-Tse-tung*. Der chinesische Sozialismus siegte als revolutionäre Klassenbewegung armer Bauern. Die Bündnisidee machte Wesen, Erfolg und Geheimnis des weit über den sterilen Dogmatismus der postmarxistischen deutschen Theoretiker hinausgewachsenen Leninismus aus.

Der Verfasser irrt allerdings, wenn er meint, daß die mittel- und westeuropäische Sozialdemokratie nur deshalb nicht die Massen der Landbevölkerung erreicht habe, weil sie sich dogmatisch als Klassenpartei verstanden und abgeschlossen hat. Auch nach der Transformation der westlichen Sozialdemokratien zur „Volkspartei“ lebte deren Wählerreservoir nicht auf dem Lande.

Grundsätzlich wird die im Detail aufschlußreiche Studie den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler dann wenig befriedigen, wenn er von einer geistesgeschichtlichen Arbeit erwartet, daß sie sich auch bemühen sollte, die behandelten politischen Theorien in den Kontext der jeweiligen historischen Realität und in die gegebenen wirtschaftlich-sozialen Tatsachenzusammenhänge zu stellen, um mit diesem Brückenschlag eine solide Basis der Erkenntnisfindung und Bewertung zu gewinnen. Lehmann, offenbar damit überfordert, hat darauf bewußt verzichtet, so daß ein abschließendes, letztes Urteil zur Haltung der Sozialdemokratie in der prekären Agrarfrage von 1914 noch aussteht.

Willi A. Boelcke, Echternach

**Wilhelm Schönfelder:** Die wirtschaftliche Entwicklung Kölns von 1370 bis 1513. Köln - Wien 1970. Böhlau Verlag. 170 S.

Mit dieser Arbeit wird unter dem programmatischen Titel „Neue Wirtschaftsgeschichte“ eine Schriftenreihe eröffnet, die es sich zum Ziel gesetzt

hat, ökonomische Denkansätze, Fragestellungen und Methoden für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte nutzbar zu machen und damit dem Nationalökonom wie dem Historiker neue Erkenntnisse zu vermitteln. Analog zu der in den USA unter dem Stichwort „New Economic History“ stark diskutierten Forschungsrichtung (vgl. R. W. Fogel und St. L. Engermann, *The Reinterpretation of American Economic History*. New York 1971) wird in dieser Arbeit der Versuch gemacht, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Kölns im Spätmittelalter trendmäßig zu analysieren.

Das Gelingen eines solchen Vorhabens hängt entscheidend von drei Faktoren ab: Quantität und Qualität der verfügbaren Daten, ihrer Vergleichbarkeit und Korrelation und der Fähigkeit des Autors, die gewonnenen Ergebnisse historisch sauber zu interpretieren.

Die Arbeit berücksichtigt ausschließlich gedruckte Quellen, die für die spätmittelalterliche Kölner Wirtschaftsgeschichte relativ reichhaltig vorliegen, sowie die umfangreiche stadtgeschichtliche Literatur. In drei Hauptteilen werden zunächst Aufbringung, Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts untersucht. Diese Aspekte werden dann im vierten Teil zu Trendfunktionen zusammengefaßt und in einem Schlußkapitel analysiert.

Dabei ergibt sich für Kölns wirtschaftliche Lage bis zur Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert eine eher ansteigende, danach eher rückläufige Tendenz. Überzeugend wird die Bedeutung des Faktors Arbeit als ein die wirtschaftliche Entwicklung in jener Zeit bestimmendes Element hervorgehoben. Da aber zwischen diesem Faktor und der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung ein wenn auch nicht absolut konstanter Zusammenhang bestand und die Bevölkerungsentwicklung gerade im Untersuchungszeitraum wiederum von wirtschaftsexogenen Ereignissen (Pest, Seuchen etc.) bestimmt wurde, hängt die Zuverlässigkeit des Gesamtergebnisses wesentlich von den zur Verfügung stehenden Bevölkerungsdaten ab. Hier bewegt sich der Autor — bedingt durch die Quellenlage — allerdings auf recht schwankendem Boden. So wird z. B. nicht überzeugend erklärt, warum das Sozialprodukt erst seit dem Beginn des 15. Jahrhunderts eine rückläufige Tendenz aufweist, obwohl der Schwarze Tod bereits seit der Mitte des 14. Jahrhunderts in Europa grassierte.

Hier scheint deutlich zu werden, daß die Quellenüberlieferung auch modernen theoretischen Ansätzen und Methoden Grenzen setzt. Demgegenüber weist die vorliegende Arbeit zwei Vorteile auf: Sie faßt die zahlreichen verstreuten Detailresultate der Lokalforschung zusammen, setzt diese Ergebnisse systematisch miteinander in Beziehung, wägt sie ihrer relativen Bedeutung entsprechend gegeneinander ab und kommt auf diese Weise zu einer umfassenderen Analyse. Da es dem Autor ferner gelungen ist, ökonomische Begriffe auch für den Historiker verständlich zu erläutern, dürfte das Buch die Zielsetzung der mit ihm begonnenen Schriftenreihe erfüllen. Den positiven Gesamteindruck beeinträchtigen allerdings die vielen Druckfehler, deren Zahl das gewöhnliche Maß weit überschreitet.

Reinhard Hildebrandt, Berlin

**Jürgen Schüler:** Ökonomische Aspekte der Volkspensionierung in Schweden. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Die verengte ökonomische Perspektive der klassischen und neoklassischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik hat bei der Beurteilung sozialpolitischer und gesellschaftspolitischer Maßnahmen und Einrichtungen nicht selten

eine Betrachtungsweise provoziert, die ökonomischer Aspekte völlig zu entarten scheint. Beide Extreme sind für die Lösung heute anstehender sozial- und gesellschaftspolitischer Probleme kaum brauchbar. Wissenschaftliche Forschungsarbeiten, die diesen extremen Betrachtungsweisen — der ökonomischen wie der freischwebend postulatorischen — zu entgehen verstehen und damit lösungsrelevant werden, verdienen daher Beachtung in Wissenschaft und Politik. Die vorliegende Arbeit sollte diese Beachtung finden. Sie vermittelt sozialpolitische, gesellschaftspolitische und ökonomische Erfahrungen, die man mit der Volkspensionierung in Schweden gemacht hat.

Der erste Abschnitt über die historische Entwicklung, die institutionellen Regelungen und den Umfang der Volkspensionierung führt übersichtlich und gründlich in die schwedischen Verhältnisse ein. Die beiden folgenden Abschnitte behandelt die Volkspensionierung als Instrument der staatlichen Redistributionspolitik und die ökonomischen Wirkungen der Maßnahmen zur Volkspensionierung.

Ziel der Volkspensionierung war zunächst, die Armenpflege zu ersetzen, der die Bevölkerung mit einer „tiefverwurzelten Animosität“ gegenüberstand. Schon sehr früh entwickelten sich die heutigen Züge der Volkspensionierung, die sich aus einer einkommensunabhängigen Grundpension (Volkspension) und einer einkommensabhängigen Zusatzpension (allgemeine Zusatzpension) zusammensetzt. Nach der Darstellung des Verfassers hat die wissenschaftliche Diskussion einen starken Einfluß auf die Entwicklung der Volkspensionierung gehabt (z. B. Cassel, Laurin, Ohlin, Wicksell, Myrdal).

Cassel wies im Jahre 1913 darauf hin, daß die Arbeitgeberbeiträge keine Steuern, sondern Teile des Arbeitslohns seien. Aus der Diskussion über die Finanzierung entwickelte sich auch bald das Ziel der Einkommensverteilung mit Hilfe der Volkspensionierung. Relativ früh datieren die Ursprünge des umfassenden Wertsicherungssystems der Volkspension. Im Jahre 1950 kam es zur Indexzulage, womit die Wertsicherungsklausel Eingang in das schwedische Sozialversicherungsrecht fand. Die in der Bundesrepublik noch heftig diskutierte flexible Altersgrenze existiert für die Alterspension in Schweden seit Anfang der 60er Jahre. Die Pensionierung kann schon mit 63 Jahren erfolgen, höchstzulässige Altersgrenze ist das 70. Lebensjahr. Für die Lösung der deutschen Probleme recht instruktiv dürfte Konstruktion und Anlagepolitik der allgemeinen Pensionsfonds sein. Die Kreditierung kleiner und mittlerer Unternehmen z. B. entspricht teilweise den Vorstellungen, die mit einigen Vermögensbildungsplänen verbunden sind. — Der Verfasser erhellte die verteilungspolitische Bedeutung der Volkspensionierung am Beispiel der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1964) und entwickelt auf der Grundlage seines Kreislaufschemas ein Sozialbudget. Er untersucht die Einflüsse der Volkspensionierung auf die horizontale und vertikale Einkommensverteilung, auf den Konsum und die Ersparnis der privaten Haushalte sowie auf Ersparnis, Investition und Finanzierungssalden der übrigen Sektoren der schwedischen Wirtschaft. Soweit es das statistische Material erlaubt, fallen die Schlußfolgerungen eindeutig aus, wo die Datenbasis unzureichend bleibt, beschränkt sich der Verfasser auf vorsichtig abgewogene Hypothesen. — Der grundsätzliche Wert dieser Arbeit wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß die Auswertungen inzwischen zeitlich relativ weit zurückliegen. Für die Auswertung neuen statistischen Materials hat der Verfasser auf jeden Fall die Richtung bestimmt und das methodische Rüstzeug bereitgestellt.

Lothar Neumann, Junkersdorf

Peter-Christian Witt: *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland*. Lübeck und Hamburg 1970. Matthiesen Verlag. 421 S.

Bei diesem Buch handelt es sich um einen tiefgreifenden Versuch, die finanzpolitischen Entscheidungen in der Zeit zwischen 1903 und 1913 als Ausfluß der allgemeinen Politik, vor allem der Innenpolitik, zu erklären. Witt ist dabei bemüht, die politischen Hintergründe der finanzpolitischen Maßnahmen in jener Zeit zu beleuchten. Er versucht insbesondere, die Zusammenhänge aufzuzeigen, die zwischen den wirtschaftlichen Interessen der hinter den Parteien stehenden Gruppen und den finanzpolitischen Entscheidungen in jener Zeit bestehen. Dabei treten einmal besonders sichtbar die sozialpolitischen Beweggründe hervor, die beim Tauziehen um die verschiedenen Steuerarten, insbesondere im Kampf zwischen direkten und indirekten Steuern, wirksam werden. Ferner wird der Gegensatz zwischen Reich und Ländern aufgrund unterschiedlichen Wahlrechts herausgestellt. So unterstellt Witt dem damaligen preußischen Finanzminister *Rheinbaben* das Bestreben, „dem nach gleichem Wahlrecht gewählten Reichstag jeden Einfluß auf die Portemonnaies der Besitzenden zu verwehren“ (S. 184). Auch den Kampf um die Reichserbschaftssteuer schildert Witt in sehr anschaulicher Form als Ausfluß des Kampfes der von sehr unterschiedlichen sozialen Interessen bestimmten Gruppen. Überhaupt beurteilt Witt die finanzpolitische Entwicklung in der damaligen Zeit sehr kritisch, indem er von einer „ausschließliche(n) Begünstigung einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Bevölkerung und der sich aus dieser wirtschaftspolitischen Förderung ergebenden Absicherung ihres politischen und sozialen Machtmonopols innerhalb des preußisch-deutschen Staates“ spricht (S. 41). Allerdings scheint Witt in seiner Kritik mitunter zu weit zu gehen, wenn er zum Beispiel von einem so hervorragenden und anerkannten Finanzpolitiker wie von *Miquel* behauptet, daß „seiner (d. h. von *Miquels*) Ansicht nach immer überprüft werde(n) (mußte), ob sich eine gesetzgeberische oder verwaltende Tätigkeit des Staates auch in Übereinstimmung mit den Interessen der besitzenden Klassen befand“ (S. 64). So läßt sich eine gewisse Einseitigkeit in der Wittschen Darstellung mitunter nicht ausschließen.

Diese Arbeit hat eine sehr umfangreiche Literatur bewältigt, wobei sie sich keineswegs auf finanzwissenschaftliche beschränkte, sie hat darüber hinaus auch in großem Maße historische Unterlagen mit verarbeitet: Neben Büchern und Zeitschriften sind vor allem auch die Akten ehemaliger Reichsämter des preußischen Staates und der preußischen Reichsministerien, die sich in deutschen Zentralarchiven in Potsdam und Merseburg befinden, zu nennen, ferner stenographische Berichte des Reichstags, des preußischen Abgeordnetenhauses und eine Reihe anderer zum Teil noch unveröffentlichter Quellen. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis gibt über die Fülle des verarbeiteten Materials Auskunft, wobei der Leser den Eindruck gewinnt, daß das Material nicht nur angeführt, sondern auch wirklich ausgewertet worden ist.

Im ganzen vermittelt die Abhandlung einen weiten Überblick über die vielschichtigen politischen und finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge der damaligen Zeit und dürfte auch für den Historiker von nicht geringem Interesse sein.

Harry Runge, Stuttgart

Fritz Baade und Franz Fendt: Die deutsche Landwirtschaft im Ringen um den Agrarmarkt Europas. Baden-Baden 1971. Nomos Verlagsgesellschaft. 293 S.

Das vorliegende Buch ist 1958 in erster und 1963 in zweiter, neubearbeiteter Auflage unter dem weniger dramatischen Titel „Die deutsche Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt“ erschienen. Auch die dritte Auflage wurde überarbeitet. Das gilt insbesondere für das 1. Kapitel („Die gemeinsame EWG-Agrarpolitik“), das von Franz Fendt, dem Mitautor dieser dritten Auflage, unter erweiterter Zielstellung fast vollständig neu geschrieben wurde. Es vermittelt dem Leser einen ausgezeichneten Überblick über Vorgeschichte und Konstruktion des EWG-Vertrages sowie über die Grundzüge und die Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik. Außer auf das Überschußproblem und auf Fragen der gemeinsamen Agrarfinanzierung geht Fendt auch auf das zentrale Problem der Wettbewerbsverzerrungen aufgrund divergierender Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten ein. Intensiver behandelt der Verfasser allerdings nur jene Schwierigkeiten, die sich für das Funktionieren des Gemeinsamen Agrarmarktes aus der fehlenden Vereinheitlichung der Währungspolitik ergeben. Den Abschluß des ersten Abschnitts bildet eine informative Übersicht über den sogenannten *Mansholt-Plan* und einige Stellungnahmen hierzu.

Die Überarbeitung der anderen Kapitel läßt eine Reihe von Wünschen offen:

Das 2. Kapitel über „Europa, in welchem die deutsche Landwirtschaft leben wird“ befaßt sich mit der Lage des Agrarsektors in den Nicht-Partnerländern und den Folgen ihrer Aufnahme in den Gemeinsamen Markt. Hier befriedigt vor allem der Abschnitt über die Frage des britischen EWG-Beitritts nicht. Baade nimmt dazu nur kurзорisch Stellung, obwohl zur Zeit der Überarbeitung des Kapitels diese Problematik bereits aktuell war. Das 3. Kapitel („Analyse der Entwicklungskräfte in der Landwirtschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“) bringt in der Hauptsache eine Abhandlung über die Steigerung der Flächenproduktivität in den Mitgliedstaaten der EWG. Die systematische ökonomische Analyse kommt hierbei jedoch zu kurz. Ein gleiches gilt für die Ausführungen des 4. Kapitels, das die wichtigsten Agrarproduktmärkte, insbesondere deren Entwicklungslinien zum Gegenstand hat. Vornehmlich in diesem Kapitel fällt auf, daß das Zahlenmaterial nicht durchgängig auf den neuesten Stand gebracht worden ist. Im 5. Kapitel („Die europäische Landwirtschaft im Weltkampf gegen den Hunger“) vertritt Baade mit Nachdruck die Forderung, Agrarüberschüsse in der EWG zur Bekämpfung des Hungers in der Welt zu verschenken. Während er in der zweiten Auflage eine Überproduktion von Getreide für Zwecke der Nahrungsmittelhilfe befürwortet, empfiehlt er, angesichts der unerwartet hohen Steigerungen der Weizenproduktion in den Entwicklungsländern im Rahmen der „Grünen Revolution“, jetzt einen anderen Weg. Er fordert, die stark angewachsenen und noch erheblich zu steigernden Überschüsse an Milch und Molkereiprodukten zur Beseitigung des Proteinmangels in der Dritten Welt zu verwenden. Auf die Probleme, die mit der Nahrungsmittelhilfe für die Empfängerländer verbunden sind, geht der Verfasser jedoch kaum ein. Hier wäre vor allem die zentrale Frage nach möglichen Beeinträchtigungen der Eigenproduktion in den Defizitländern durch Nahrungsmittelgeschenke zu behandeln gewesen. Auch das letzte Kapitel („Die deutsche Landwirtschaft im Europa von 1980 und 1990“) wird den fachkundigen Leser kaum zufriedenstellen können. Die Gegenpositionen, die Baade gegenüber *Mansholt* bezieht, werden nicht hinreichend

abgesichert. So prüft Baade z. B. nicht, ob sich seine Forderung, daß der Abzug von Produktionsfaktoren aus der Landwirtschaft „im wesentlichen auf den Erbgang beschränkt werden“ solle (S. 286), insbesondere bei den herrschenden Steigerungsraten des Vergleichslohns und dem heute bestehenden durchschnittlichen Generationswechsel überhaupt realisieren läßt.

Wer die agrarpolitischen Probleme der EWG in den Grundzügen aufmerksam verfolgt hat, wird in dem Buche nicht allzuviel Neues finden. Doch scheint es mehr für den agrarpolitisch interessierten Laien (auch und gerade für den mit wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung) geschrieben zu sein. Für diesen Leserkreis kann das vorliegende Buch als eine sehr gute Einführung in die Grundprobleme der europäischen Landwirtschaftspolitik gelten. Baades Meisterschaft in plastischer, teilweise auch sehr pointierender Darstellung läßt den sonst so spröden Stoff lebendig werden.

Hans-Günther Schlotter, Göttingen

**Benno Biermann:** Die soziale Struktur der Unternehmerschaft. Demographischer Aufbau, soziale Herkunft und Ausbildung der Unternehmer in Nordrhein-Westfalen. Stuttgart 1971. F. Enke. VIII, 229 S.

Die angezeigte Arbeit entstand als soziologische Dissertation an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster. Sie ist Teil eines umfangreicheren Forschungsprogramms, das von Heinz Hartmann initiiert worden ist und das seit 1964 durchgeführt wird.

Biermann bezeichnet seine Arbeit als „empirische Studie über westdeutsche Unternehmer“ (S. 7). Ihre Basis bildet eine 1966/67 mit einem standardisierten Fragebogen in Nordrhein-Westfalen durchgeführte postalische Befragung. Grundlage war eine nach Branchenzugehörigkeit und Beschäftigtenzahl geschichtete Stichquote von Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten aus dem Material der Arbeitsstättenzählung von 1961. Aus einer Grundgesamtheit von knapp 60 000 gelangten 1 946 Unternehmen in die Stichquote. Aus 1 219 Unternehmen antworteten insgesamt 1 655 Unternehmer auf die Befragung.

Biermann bezeichnet als Unternehmer „jede Person, die in einem nicht landwirtschaftlichen, nicht öffentlichen und nicht genossenschaftlichen Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten die mit der höchsten formalen Autorität ausgestattete Position innehat“. Diese Definition wird sodann mit Hilfe einer Fiktion konkretisiert: Als die mit der höchsten formalen Autorität ausgestattete Position „gilt in Akiengesellschaften die der Vorstandsmitglieder, in Gesellschaften mit beschränkter Haftung die des Geschäftsführers oder geschäftsführenden Gesellschafters, in Einzelunternehmen oder Personalgesellschaften die des Inhabers, Mitinhabers oder Gesellschafters, soweit diese Personen in der Geschäftsführung des Unternehmens tätig sind“ (S.14).

Die so definierte Unternehmerschaft wird von Biermann untersucht mit dem primären Ziel ihrer Beschreibung anhand sozialstatistischer Merkmale wie z. B. Eigentum am Unternehmen, Alter, Familienstand, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, soziale und regionale Herkunft sowie Ausbildung. Die Ergebnisse des deskriptiven Teils sind nicht sonderlich überraschend. Doch ist es wohl ein Verdienst der Arbeit, daß jetzt mit relativer Gewißheit und Genauig-

keit Aussagen über die genannten Merkmale gemacht werden können, die bislang von keiner Statistik erfaßt im Dunkeln lagen.

*Biermann* rechtfertigt seinen deskriptiven Ansatz ausdrücklich auch mit dem Vertrauen „auf die aufklärende Wirkung“ seiner Strukturbeschreibung, von der er eine Erschütterung herrschender Stereotypen erwartet, die sich in Aussagen vom Wesen des Unternehmerischen und über das Unternehmertum verdichtet haben und die häufig als Rechtfertigungslehren in Anspruch genommen werden (S. 4, 6 - 8). Dieses Vertrauen scheint uns angesichts des methodischen Vorgehens schwach begründet: Die von *Biermann* vorgenommene analytische Trennung der sozialen Kategorie „Unternehmerschaft“ von den im „Unternehmertum“ zusammengefaßten Rechtfertigungslehren und die Beschränkung der Untersuchung auf die „Unternehmerschaft“ sucht ja gerade darin ihre Berechtigung, daß „Unternehmerschaft“ und „Unternehmertum“ relativ unverbunden und unvermittelt nebeneinander stehen. Ist diese Annahme richtig, dann wird der Geltungsanspruch des „Unternehmertums“ von einer Erhellung sozialstatistischer Merkmale der „Unternehmerschaft“ u. E. kaum tangiert.

Interessant sind die Ergebnisse der deskriptiven Untersuchung zur Sozialstruktur insofern, als sie helfen können, soziologische Unternehmer-Forschung in Zukunft gezielter anzusetzen, als es angesichts des sozialstatistischen Dunkels bisher möglich war. In diesem Zusammenhang erweisen sich als besonders wichtige Faktoren der Eigentümer-Status des Unternehmers, die Unternehmensgröße sowie die Branchenzugehörigkeit. Von allgemeinerem Interesse ist schließlich auch *Biermanns* Versuch, die soziologische Relevanz dieser Art von Unternehmer-Forschung nachzuweisen. Dazu wird einerseits die Bezugsgruppen-Theorie herangezogen; ihre Konfrontation mit den Ergebnissen der Sozialstatistik führt zu einem plausiblen Katalog von Forschungsthemen für künftige soziologische Unternehmer-Forschung. Ferner wird ein Katalog von Forschungsthemen entwickelt, mit deren Hilfe am Beispiel des Unternehmers paradigmatisch Probleme der faktischen Durchsetzung und der Rechtfertigung formaler Autorität im Rahmen einer Gesellschaft angesprochen werden, die in vorherrschenden Mustern als Berufs- und Leistungsgesellschaft verstanden wird — Muster, mit deren Hilfe formale Autorität als Bestandteil einer Position gerade nicht erklärt werden kann. Hier werden *Biermanns* Überlegungen allerdings durch eine Prämisse erheblich beeinträchtigt, die uns soziologisch naiv anmutet: die Annahme nämlich, daß „Leistungsgesellschaft“ mehr sei als ein Stereotyp, daß „Leistungsgesellschaft“ als Theorie der kapitalistischen Gegenwarts-Gesellschaften die differenzierte Bewertung von Positionen mit entsprechend differenzierten, inhaltlich definierten, den Positionsträgern individuell zurechenbaren und objektiv meßbaren Leistungen (S. 192) zu erklären vermöchte. Diese Prämisse müßte zunächst einmal prinzipiell problematisiert werden, ehe man darangehen kann, auf ihrer Basis Forschungsthemen zu entwickeln.

Hans Albrecht Hesse, Hannover

**Fritz Blaich, Ingomar Bog, Gernot Gutmann, K. Paul Hensel:** Wirtschaftssysteme zwischen Zwangsläufigkeit und Entscheidung. Stuttgart 1971. G. Fischer. VIII, 285 S.

Dieser Bericht über eine zehntägige Klausurtagung von Mitarbeitern der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme sowie Teil-

nehmern eines Forschungsseminars für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Marburg behandelt das Problem, ob Wirtschaftssysteme einer zwangsläufigen Entwicklung (*Marx, Engels*) unterliegen oder ob ordnungs-politische Entscheidungsfreiheit (*Eucken*) besteht.

Die Herausgeber haben das Buch in drei Abschnitte geteilt; im ersten werden theoretische Positionen durch verschiedene Autoren umrissen und dabei wichtige Erklärungsansätze (u. a. das *Marx'sche Gesetz der Transformation von Gesellschaftsordnungen*; die *Poppersche Historizismuskritik*; die *Rostow-sche Wachstumsstadienanalyse*) kritisch vorgetragen. Im zweiten Teil wenden sich andere Autoren in acht Beiträgen historischen Beispielen für Reformen und Transformationen von Wirtschaftssystemen zu, wobei als Schwerpunkt die Wandlungen osteuropäischer Volkswirtschaften untersucht werden. Der dritte Teil ist der eigentliche Diskussionsbericht; hier ist insbesondere im Rahmen der ordnungstheoretischen Grundsatzdebatte die dreifache Unterteilung des Planungsbegriffes in „Planung der Wirtschaftsprozesse“, „Planung der Ordnung“ und „Planung wirtschaftspolitischer Aktivitäten“ zu nennen. Gerade im Hinblick auf die Konvergenzdebatten ist das Diskussionsergebnis bei der Prozeßplanung bemerkenswert: Ein knappheitsorientiertes System von Plänen könnte nur auf zweifache Weise zustande kommen, als Planentscheidungen an Marktpreisen oder an Salden güterwirtschaftlicher Planbilanzen. Das „aus der Logik der Planungssysteme resultierende zeitliche Moment ist der Hauptgrund dafür, daß sich ein ökonomisch rationales System der Planung von Wirtschaftsprozessen nur ergeben kann, wenn die eine oder andere Form der Knappheitsgradanzeige Basis der Planentscheidungen ist“ (S. 240). Mischformen wären damit ausgeschlossen, eine Konvergenz an einem entscheidenden Punkt unmöglich.

Was das Ergebnis der Diskussion betrifft, so scheint Konsens geherrscht zu haben, „daß hinsichtlich der wirtschaftlichen Grundsysteme ordnungs-politische Entscheidungsfreiheit besteht“ (S. 13). Das gelte auch für die von *Marx* und *Engels* behauptete, historisch aber nicht durchgehend bestätigte Entsprechung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Ein gutes Anschauungsbeispiel für die Revision nicht mehr haltbarer Thesen aufgrund des Theorie-Praxis-Widerspruchs könnte die *Marx'sche Annahme von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung* (S. 261 ff.) abgeben. Schon *Lenin* hatte sie dahingehend abgeschwächt, daß dieses notwendige Entwicklungsgesetz nur zur Geltung kommt, wenn die Arbeiterklasse bewußt ihre Ziele im Kampf durchzusetzen sucht. Wenn die Marxisten *Brückner* und *Krovoza* 1972 schreiben, „wir müssen nicht siegen, geschichtlich ist wenig ausgemacht; der Sozialismus ist eine Wahrheit, die des Bewußtseins der Sozialisten bedarf, um aus den widersprüchlichen Tendenzen der Geschichte ans Licht zu gelangen“, so ist tatsächlich von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung nicht mehr viel übrig geblieben.

Michael Tolksdorf, Berlin

**Ulrich Schirmer:** Der Einfluß paramonetärer Institutionen auf die Vermögensbildung, das Kreditangebot und die Geldpolitik. Berlin - München 1971. Duncker & Humblot. 239 S.

In dieser weitgehend empirisch angelegten Arbeit versucht *Schirmer*, die Bedeutung der paramonetären Institutionen in der Bundesrepublik für den Wirtschaftskreislauf, die Vermögensbildung, das gesamtwirtschaftliche Kre-

ditangebot und die Wirksamkeit der Geldpolitik darzustellen. Bei diesen Instituten handelt es sich um die üblicherweise mit „non-banking financial intermediaries“ oder „sekundäre Finanzierungsinstitute“ bezeichneten Kapitalsammelstellen. Der Autor verwendet dafür den ungebräuchlichen Begriff „paramonetäre Institutionen“. Dazu rechnet er „Kapitalsammelstellen, die spezielle Bankgeschäfte betreiben oder Versicherungsleistungen anbieten, jedoch keine oder nur in unbedeutendem Umfang Sichteinlagen von den Nichtbanken entgegennehmen“ (S. 21).

Im Hinblick auf die Beteiligung der paramonetären Institute an der Finanzierung der deutschen Wirtschaft in der Nachkriegszeit ermittelt Schirmer, daß das Wachstum der Aktiva dieser Institute (durchschnittlich 20,4 % p. a.) höher lag als das der Banken (16,7 %), die mit „monetären Intermediären“ bezeichnet werden. Es gelang dabei jedoch nicht, das Banksystem aus seiner führenden Rolle bei der Finanzierung des Wachstums zu verdrängen: Das Verhältnis der Aktiva der Banken zu denen der paramonetären Institutionen beträgt 58 zu 42. Es läßt sich aber feststellen, „daß die paramonetären Institutionen einen wachsenden Beitrag zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Unternehmen leisten“ (S. 97).

Die paramonetären Institutionen haben in der BRD einen Anteil von 30 % an der Geldvermögensbildung der Haushalte. Es besteht zwar auf der einen Seite nach Meinung des Autors eine sinkende Tendenz durch eine Verlangsamung des Bausparrens, andererseits eine Zunahme des Erwerbs von Wertpapieren dieser Institute. Eine wirtschaftlich bedeutsame Umschichtung finanziellen Vermögens von den Banken auf paramonetäre Institutionen kann aber nicht festgestellt werden (S. 145).

Durch die Formenvielfalt der angebotenen finanziellen Aktiva haben die paramonetären Institutionen nach Meinung Schirmers einen bedeutenden Anteil an der Finanzierung des wirtschaftlichen Wachstums erreicht. Dadurch haben sie sich vielfach als Wegbereiter finanzieller Innovationen erwiesen, wodurch Frictionen im Wachstumsprozeß als Folge ungeeigneter Finanzierungsleistungen entgegengewirkt werden konnte. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Ausbau der Universalbanken im deutschen Banksystem, der dort notwendigerweise zur Straffung und Normung des Leistungsangebotes führte. Schirmer bezweifelt, daß diese Entwicklung bei den Kreditinstituten dem Wachstumsprozeß einer hochindustrialisierten Wirtschaft förderlich ist (S. 159).

Hinsichtlich der Beeinträchtigung der Wirksamkeit der Notenbankpolitik durch die paramonetären Institutionen rechnet Schirmer damit, daß sie zwar einerseits durch Vermögensumschichtungen des Publikums zu diesen Instituten nicht gestört, andererseits aber durch Verlagerung von Zentralbankgeld zu oder eine Inanspruchnahme als Refinanzierungsquelle durch Banken belastet würde. Um die Effizienzbeschränkung der Geldpolitik der Bundesbank zu vermindern, sollte sie die Angriffsfläche der Offen-Marktpolitik erweitern. Eine Ausdehnung der Mindestreservepflicht auf diese Institute hält Schirmer nicht für sinnvoll, da eine zusätzliche Kreditschöpfung durch sie nicht möglich sei (S. 220). Diese Begründung ist nicht überzeugend, da beispielsweise eine kontraktive Geldpolitik durch die Ausdehnung der Mindestreservepflicht auf diesem Weg verstärkt werden könnte und eine Mittelaufnahme der Banken bei den paramonetären Instituten zur Umgehung der kreditpolitischen Restriktion erschwert würde.

Sonning Bredemeier, Hannover

Rainer Schmidt: Analyse und Prognose der Importe von Milcherzeugnissen ausgewählter Länder mit Hilfe ökonometrischer Modelle. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 293 S.

Der Verfasser hat mit dieser Studie eine Mammutarbeit vorgelegt, nicht nur bezogen auf den Umfang, sondern auch auf den Inhalt. Wenn auch die Vorteile und Verdienste einer derart umfangreichen Arbeit kaum voll ausgelotet und gewürdigten werden können, so muß trotz allem ein wesentlicher und für solche Arbeiten typischer Nachteil erwähnt werden: Ende 1970 wurde die Arbeit abgeschlossen, ein Jahr später lag sie gedruckt vor. Die letzten in der Studie verwendeten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1968, und vom Durchschnitt 1963/65 ausgehend werden Prognosen für 1975 vorgenommen. Zwei Drittel des Prognosezeitraumes sind vergangen, bevor die Ergebnisse dieser mühevollen Arbeit gedruckt vorliegen.

Der Titel der Arbeit ist äußerst bescheiden formuliert: Im Vordergrund der Arbeit stehen eigentlich die internationalen Weltmärkte für die wichtigsten Milcherzeugnisse (Butter, Käse und Milchdauerwaren). Ihre Beschreibung, die sehr ins Detail geht und für den Fachmann wie auch Nichtfachmann — wie den Rezessenten — sehr interessant sein dürfte, nimmt den ganzen ersten Teil der Arbeit ein (S. 4 - 82). Es folgt dann der „Versuch einer Typisierung der wichtigsten Importländer“. Hierbei werden das Vereinigte Königreich, die DDR, die Philippinen und Venezuela ausgesucht, stellvertretend für westliche und östliche entwickelte Industrieländer, südostasiatische Länder und lateinamerikanische Länder (S. 83/84). Die sehr eingehende Schilderung der Milchmärkte dieser Länder machen den zweiten Teil der Arbeit aus (S. 85 - 148). Auch er liefert eine Fülle von Informationen, die einen Wert als solchen besitzen. Anschließend werden Erklärungsmodelle für die Einfuhren von Milchprodukten entwickelt. Für das Vereinigte Königreich werden in einem System von 43 Gleichungen die Milcherzeugung und die Teilmärkte für Butter, Käse, Vollmilchpulver, Kondensmilch, Dossensahne und Schokoladenstreusel untersucht, für die DDR wird eine einfache Nachfragegleichung für Butter aufgestellt, das Modell für Venezuela umfaßt zehn Gleichungen, die sich auf die Trinkmilch- und Vollmilchpulvermärkte und den Käsemarkt beziehen, und für die Philippinen wird wiederum nur eine Nachfragegleichung (für Milchkonserven) konzipiert (S. 148 - 191). Dieser Teil hätte stark gestrafft werden können, denn was für einen Nutzen hat es, nochmals das (kombinierte) Preis-erwartungs- und Mengenanpassungsmodell von Nerlove vorzuführen oder sich beispielsweise des längeren über Multikollinearität und Trendvariable in der Regressionsgleichung auszulassen? Ähnliches gilt für den Abschnitt über „die Problematik der Schätzung der Parameter in den Verhaltengleichungen“ (S. 191 - 203). Hier sind auch einige Formulierungen reichlich mißverständlich und manche Zitate ungenau.

Die Wiedergabe der Rechenergebnisse (für die Zeiträume 1954 - 1966) und eine Prognose bis 1975 (S. 204 - 231 und S. 232 - 275) beschließen die Arbeit. Wie der Autor selbst damals schon (1970) für das Vereinigte Königreich schrieb, waren „die jüngsten Änderungen des institutionellen Rahmens, in dem sich die Entwicklung des britischen Marktes für Milch- und Milcherzeugnisse vollzieht, von so einschneidender Natur, daß sie . . . nicht adäquat hätten berücksichtigt werden können“ (S. 257). Ähnliches gilt vermutlich auch für die Zeit bis heute für die übrigen drei Länder. Die Rechenergebnisse haben daher wohl nur rein historischen Wert.

Heinz Gollnik, Hamburg

**Christian Seidl:** Theorie, Modelle und Methoden der zentralen Planwirtschaft. Eine Einführung. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 306 S.

Diese Schrift, die bezüglich der Literaturbasis kaum erweiterte Dissertation (1968) des Verfassers, intendiert eine ideologiefreie Darstellung des Planwirtschaftssystems. Dieser Absicht vermeint der Verfasser durch eine recht knappe begriffliche Abgrenzung von Wirtschaftssystemen nach den beiden Kriterien Verteilungsprinzipien und Lenkungsprinzipien zu genügen. Er gelangt zu vier Typen: liberaler Sozialismus und liberaler Kapitalismus (marktwirtschaftliche Systeme) einerseits und autoritärer Sozialismus und autoritärer Kapitalismus (Zentralplanwirtschaften) andererseits. Nur auf die beiden letztgenannten Typen bezieht sich die Monographie. Die definitorische Gleichsetzung der Strukturen von „autoritärem“ Sozialismus und Kapitalismus enthebt den Verfasser einer unter historischem Aspekt gebotenen Differenzierung. Sieht man von dem umstrittenen wissenschaftstheoretischen Ansatz ab, so steht hier eine ausführliche Informationsschrift zu den deterministischen Planungsmodellen einschließlich der Optimierungsmodelle zur Verfügung. Der Sache entsprechend liegt das Schwergewicht auf der formalisierten Darstellung der Planwirtschaftstheorie im Sinne einer (mathematisierten) reinen Theorie. Hierbei greift der Verfasser auf die Standardliteratur (*Nemtschinow, Dadajan, Kantorowitsch, Kornai u. a.*) zurück, zieht hingegen nur spärlich jüngere Quellen heran; die Zeitschriftenliteratur — auch die deutschsprachige — blieb weitgehend unbeachtet.

Zusammen mit dem ahistorischen, von der politökonomischen Dimension der Planwirtschaftstheorie abstrahierenden Ansatz führte die Betonung der Formaltheorie allerdings zu einer Ausklammerung der praktisch-wirtschaftspolitischen Interpretation der Planungstheorie. Damit wird auch die Anwendungsproblematik unterschlagen, die für die Planwirtschaftstheorie einen qualitativ anderen Stellenwert hat als für die kapitalistische Marktwirtschaftstheorie; sind doch die Planwirtschaften als entworfene und nicht als spontan gewachsene Ordnungen entstanden. Der Enge des Blickwinkels dieser „Einführung“ dürfte wohl auch zuzuschreiben sein, daß jüngere Entwicklungen, die — wie z. B. die Wirtschaftskybernetik — im Zug der Reformen in den Comecon-Staaten erheblichen Einfluß auf die Planwirtschaftstheorie hatten, unbeachtet geblieben sind.

Karl Georg Zinn, Aachen